Von Marcus Meier 27.10.2010 / Neues Deutschland

Keine Drohung an die LINKE

Die rot-grüne Landesregierung in NRW steht vor großen Bewährungsproben

Die Konflikte um den Nachtragshaushalt und den Bau des E.on-Kohle- kraftwerks in Datteln spitzen sich zu. LINKE-Politiker Rüdiger Sagel macht einen grundsätzlichen rot-grünen Konflikt in der Industriepolitik aus – und fordert Verhandlungen über den Nachtragshaushalt.

Die Baustelle des Kraftwerks Datteln im Jahr 2009 Foto: dpa/Vennenbernd

Drohung gegen die LINKE: Ja oder nein? Ja, durchaus, sagt das Magazin »Spiegel«, das einen Artikel in seiner aktuellen Ausgabe mit den Worten »Grüne drohen mit Neuwahlen« überschreibt. Gleichsam als Kronzeuge zitiert wird Reiner Priggen, der Chef der grünen Landtagsfraktion in NRW: »Wir setzen nicht leichtfertig auf Neuwahlen«, doch müsse die LINKE »strategisch« überlegen, ob sie durch Neuwahlen nicht an Macht verlöre.

Eine Drohung? Nein, sagt Priggen nun gegenüber dem ND: »Ich drohe nicht. Das steht mir auch nicht zu.« Und er ergänzt: »Man muss nur wissen, wenn eine gemeinsame Mehrheit von CDU, FDP und LINKER den Nachtragshaushalt 2010 ablehnen, sind Neuwahlen die Konsequenz.«

Der Nachtragshaushalt – er sei eine »finanzielle Endabrechnung« mit Schwarz-Gelb, betont Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD). Mit Stimmen aus dem schwarz-gelben Lager rechnet die rot-grüne Minderheitsregierung also nicht wirklich. Am Donnerstag berät erstmals der Finanzausschuss des Landtages über das milliardenschwere Finanzpaket, das zu einer Rekordneuverschuldung führen würde. Am selben Tag wird die Linksfraktion mit ihren konkreten Änderungsforderungen an die Öffentlichkeit gehen.

Vorab stellt deren finanzpolitischer Sprecher Rüdiger Sagel klar: »Der Nachtragshaushalt ist so für die LINKE nicht zustimmungsfähig.« Doch bisher gab es noch keine Verhandlungen

zwischen Rot-Grün und der LINKEN. »SPD und Grüne«, fordert Sagel, »müssen mit uns reden, wenn sie unsere Unterstützung wollen, doch die sehen uns offenbar nur als Stimmvieh an.«

Eine Neuwahl würde Rot-Grün wohl eine stabile Mehrheit bringen. 54 Prozent weisen die Demoskopen den beiden Parteien derzeit aus. Profitieren würden vor allem die Grünen, die in Umfragen bei Werten zwischen 17 und 19 Prozent liegen – bei der Wahl am 9. Mai hatten sie 12,1 Prozent der Wählenden hinter sich gebracht. Die SPD würde nur dezent zulegen. Und das heißt: Mit den bisherigen drei Ministerien und all den Orchideen-Ressorts würde sich die öko-bürgerliche Partei kaum zufrieden geben. Die CDU würde derweil schwach, die FDP stark Wähler verlieren. Ein wirkliches Interesse an einem erneuten Urnengang haben also nur die Grünen. Die Landtagsmehrheit für einen entsprechenden Antrag wäre mehr als fraglich.

Derweil hat die seit Mitte Juli amtierende Minderheitsregierung ihren ersten öffentlichen Konflikt um politische Grundsatzentscheidungen. Es geht um das Steinkohlekraftwerk in Datteln. Vor gut einem Jahr wurde dessen Bebauungsplan vom Oberverwaltungsgericht Münster aufgehoben, das zudem alle immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen als rechtswidrig klassifizierte. Dennoch wird »noch immer weitergebaut«, wie der Umweltschutzverband BUND beklagt. Dabei bestehe dafür keine Grundlage: Der Versuch der alten schwarz-gelben Landesregierung, eigens den Landesentwicklungsplan zu ändern, um so den Bau zu ermöglichen (»Lex E.on«), wurde nicht in die Tat umgesetzt.

Dennoch sprach sich in diesen Tagen mit NRW-Wirtschaftsminister Harry Kurt Voigtsberger erstmals ein Kabinettsmitglied öffentlich für den Bau des Kraftwerks aus. Das »moderne, effiziente Kraftwerk« sei »ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz«. »Wir müssen sehen«, so der Sozialdemokrat, »dass E.on sein Kraftwerk so anpasst, dass es den bestehenden Gesetzen genügt.«

Reiner Priggen widerspricht dem Klimaschutz-Argument: »Bei Datteln wird sechzig Prozent der Energie nutzlos verschwendet und Datteln belastet die Atmosphäre für fünfzig Jahre.« Das sei kein Fortschritt für den Klimaschutz. Und nun? »Bei Datteln gilt der Koalitionsvertrag«, sagt Priggen apodiktisch. »Das Land NRW baut keine Kohlekraftwerke und reißt auch keine ab, aber es werden auch keine Gesetze zugunsten von Investoren und zu Lasten der Bevölkerung verbogen.«

Der LINKE Rüdiger Sagel bevorzugt eine andere Interpretation: »In Datteln eskaliert jetzt das, was im Koalitionsvertrag als Konflikt angelegt war – und durch verklausulierte und unklare Formulierungen verdeckt wurde«. Der alte rot-grüne Konflikt früherer Jahre setze sich fort: »Es gibt tiefe Gräben in der Industriepolitik«, so Sagel, der neun Jahre lang Abgeordneter der Grünen war, bevor er 2007 zur LINKEN wechselte. Sagels Prognose lautet: »Die Grünen werden vor der SPD einknicken, so wie im Konflikt um den Braunkohletagebau Garzweiler II oder beim Kohlekraftwerk in Hamburg-Moorburg.«